

Grünes Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 7.2.17

1. Bestellung von Urkundspersonen: Speckert und Thome
2. Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung: keine
3. Vereinsförderrichtlinien. Die Änderung der Vereinsförderung halten wir weiterhin für überflüssig. Die Nennung von Organisationen die keine Vereine sind, ist keine notwendige Verbesserung der Richtlinie. Der Versuch einen eingetragenen gemeinnützigen Verein auszuschließen, nur weil er in einem Punkt eine andere Meinung vertritt, ist in einem Rechtsstaat nicht möglich. Das Prinzip der Gleichheit ist ein hohes Gut und sollte daher auch bei der Vereinsförderung nicht außer Acht gelassen werden. Da im Grunde genommen alle Vereine eine wirtschaftliche und politische Wirkung entfalten, kann man diese Begriffe auch nicht als Abgrenzungskriterien gebrauchen. Wir haben deshalb vorgeschlagen die Änderung ganz fallen zu lassen. Die Erhöhung der seit 1999 bestehenden Sachkostenförderung finden wir gut und richtig. In der Diskussion wurde dennoch versucht die höchstwahrscheinlich rechtswidrige Formulierung stehen und es auf eine Klage ankommen zu lassen. Es wurde dann eine Formulierung gefunden, die zwar umständlich und überflüssig ist, aber wenigstens nicht rechtswidrig. Wir haben zugestimmt, da ansonsten eine für die Gemeinde nachteilige Situation entstanden wäre. Für die Änderung 13 ja / 5 nein / 1 Enthaltung. Für die Erhöhung der Förderung : Einstimmigkeit
4. Aufnahme der Bürgerinitiative Binst in die Vereinsförderung. Der Verein Binst ist ein eingetragener Verein, der vom Amtsgericht als gemeinnützig anerkannt wurde. Das Ziel der Bürgerinitiative Binst ist der Erhalt des Naherholungsgebiet bei den St. Leonern Seen. Dies entspringt der Überzeugung, dass Lebensqualität vor der Haustür zu erhalten ist und von den Bürgern einer Gemeinde genutzt werden kann. Eine Straße, die mehr Verkehr nach St. Leon-Rot lockt und das Naherholungsgebiet durchschneidet verhindert dieses Ziel. Es ist aber nicht das einzige Ziel der Bürgerinitiative. Der Lärmschutz und die Verringerung des Verkehrs sind weitere Ziele. Für dieses Mehr an Lebensqualität steht der Verein und auch in der Bürgerbefragung haben fast 50 Prozent diesen Zielen zugestimmt und gegen die Umgehungsstraße gestimmt. Die Ablehnung der Vereinsförderung durch den Gemeinderat ist rechtlich nicht haltbar. Diese Position haben wir damals schon vertreten und sind heute nur nochmals bestätigt worden. In der Diskussion wurde wieder der Vereinszweck aus dem Vereinsnamen abgeleitet. Ich habe dann das Beispiel „Scheinwerfer“ aufgeführt. Aus dem Namen kann man nicht erkennen was der Vereinszweck ist. Nur der formulierte Vereinszweck sagt etwas über den Vereinszweck aus. Die Gemeinde selbst nutzt diese Logik übrigens selbst bei der Beurteilung von Fördervereinen. Auch in dieser Diskussion wurde wieder deutlich, dass einige die Förderung nur deshalb nicht geben wollen, weil sie eine andere Meinung haben als der Verein. Eine Gesinnungsprüfung ist jedoch in einem Rechtsstaat bei einem gemeinnützigen, eingetragenen Verein nicht möglich. Trotz der eindeutigen Rechtslage ergab das Abstimmungsergebnis für die Aufnahme in die Vereinsförderung: 11 ja / 7 nein / 1 Enthaltung
5. Erschließung / Ausweisung weiterer Baugebiete in St. Leon-Rot; hier: Antrag der Fraktion CDU. Der Wunsch nach weiteren Baugebieten haben wir aktuell mit den Gebieten Schiff II und Oberfeld befriedigt. Für uns nun vordringlich ist die Fertigstellung eines Baulückenkatasters, einer Übersicht über Leerstände und eine Übersicht über mögliche Erschließungen von innerörtlichen Bauflächen. Wenn wir wissen was innerörtlich "noch geht", dann können wir über weitere Baugebiete entscheiden. Denn der demografische Wandel macht auch vor St.

Leon-Rot nicht halt. Mittelfristig müssen wir uns auf sinkende Bevölkerungszahlen und ein verändertes Wohnverhalten einstellen. Dies wird dazu führen, dass Häuser nicht mehr in dem jetzigen Umfang gebraucht werden. Ein Schrumpfen von Infrastruktur ist fast nicht möglich, daher erst die Reserven nutzen und nicht gleich in die Fläche gehen. Wir müssen daher der Nutzung aller innerörtlichen Reserven den Vorrang vor Neubaugebieten geben. In dem Vortrag der Verwaltung wurde dann bekannt gegeben, dass wir über 300 freie Bauplätze innerorts verfügen, die aus verschiedenen Gründen nicht bebaut sind. Welche Gründe das sind, will die Gemeindeverwaltung als nächstes klären. Ein

Leerstandsmanagement hält die Verwaltung für nicht händelbar, weil es keine rechtliche Möglichkeit gibt, einen Leerstand zu verhindern. Auch die Erschließung von innerörtlichen Bauflächen wird als extremst schwierig angesehen. Bei den noch verbliebenen Neubauflächen im Flächennutzungsplan besteht das Problem, dass die Gemeinde nicht Eigentümer der Flächen ist. Damit nicht wieder Ackerflächen in Bauland umgewandelt werden und dann doch nicht bebaut werden, ist geplant nur noch Neubaugebiete zu entwickeln, in denen die Gemeinde Eigentümer der Flächen ist. Wir haben die Aufstellung eines Baulückenkatasters ausdrücklich gelobt. Einen Handlungsbedarf für die Aufstellung von Plänen für Neubaugebiete sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht und haben uns deswegen der Stimme enthalten. Wir wollen zunächst die Befragung der Baulückenbesitzer abwarten. In der Abstimmung für die Aufstellung von Plänen zur Neubaugebietsentwicklung: 17 ja / 0 nein / 2 Enthaltungen

6. Verlegung und Neubau von 2 Bushaltestellen; Antrag CDU. Wir halten die Verlegung der Bushaltestellen in der Walldorfer Str. für sinnvoll. Eine weitere Haltestelle in der Bahnhofstraße am Ortsausgang beim geplanten Neubaugebiet ist auch nachvollziehbar. Die Verwaltung will die Pläne vorantreiben und die notwendigen Grundstücke erwerben, sobald dies möglich ist. Einstimmig angenommen
7. Antrag FDP/SPD - Einbahnstraßenregelung Kronauer Str.: Dieser Tagesordnungspunkt wurde schon in der Sitzung im März 2016 behandelt. Schon damals haben wir als einzige Fraktion gefordert, dass man die Einbahnstraßen für ein Jahr testet. Das nun die gleiche ablehnende Antwort kommt überrascht uns nicht. Die Verkehrsbehörde möchte ein höheres Verkehrsaufkommen im Bereich der Grundschule nicht haben. Wir vermuten zwar, dass sich der Verkehr nicht dahin verlagern wird, können dies aber auch nicht belegen. Wir halten jedoch die angedachte Verlängerung der Mühlwiesenstraße bis zur Kronauer Str. für eine sinnvolle Maßnahme. In der Diskussion haben wir deshalb darauf gedrängt, dass man diese Lösung nochmals plant. Dann könnte eine Einbahnstraßenregelung doch noch möglich sein. Infopunkt – daher keine Abstimmung
8. Verschiedenes:
9. Wünsche und Anfragen GR: Hier haben wir zwei Anträge gestellt. Zum einen möchten wir, dass die Hundekottüten der Gemeinde aus biologisch abbaubarem Plastik bestehen und zum anderen haben wir beantragt, dass die Verwaltung prüft, dass die Gemeinderatssitzungen im Internet übertragen werden. Mehr dazu auf der Homepage.